

Anmerkungen zur politischen Kultur Griechenlands und Zyperns

Vor etwa 30 Jahren lud mich das Presse- und Informationsbüro (PIO) der Republik Zypern zum ersten Mal zu einem Besuch der Insel ein, um mich über die mit der nach der türkischen Invasion 1974 entstandenen Probleme der Teilung zu informieren. Beim Flug über der Ägäis tat ich das, was ich immer tue, wenn ich nach Griechenland fliege – ich schalte »mein griechisches Gehirn« an. Als ich in Larnaka ankam, dachte ich also in griechischen Kategorien. Ich erinnere mich noch lebhaft, wie sich meine erste PIO-Betreuerin größte Mühe gab, mir die Grundlagen der zypriotischen Politik zu vermitteln, und wie ich kein Wort davon verstand, weil ich griechisch (*kalamaristika*) dachte.

Ein Jahr später kam die nächste Einladung. Dieses Mal saß im Flugzeug eine Ur-Ur-Enkelin von Aphrodite neben mir, die Lust auf einen Flirt hatte. Der Flug verlief auf so charmante Weise, dass ich vergaß, mein griechisches Gehirn anzuschalten. Nach der Ankunft in Larnaka verschwand meine Nachbarin, aber nun geschah etwas Seltsames: Schon am ersten Tag meines Aufenthalts in Zypern bemerkte ich, dass ich alles verstand, was mir meine PIO-Betreuerin erklärte. Nach meiner Rückkehr nach Deutschland begann ich ernsthaft darüber nachzudenken, warum ich dieses Mal alles und das Jahr zuvor nichts begriffen hatte. Es dauerte einige Tage, bis mir der Kronleuchter aufging und ich meine erste grundlegende Lektion in Bezug auf Zypern lernte: Die politische Kultur Zyperns war völlig westeuropäisch geprägt, wohingegen das sogenannte griechische Mutterland immer noch damit beschäftigt ist, sich vom osmanischen Erbe zu befreien: dem eingepprägten Klientelismus.

Doch wo liegt nun der Unterschied zwischen der politischen Kultur Europas und der Griechenlands? Die Grundlage der Kultur Westeuropas ist jene einzigartige Mischung aus griechisch-römischer Philosophie, jüdisch-christlicher Religion und dem arabischen/islamischen Einfluss, den wir gerade wiederentdecken. Diese Mischung prägte die grundlegenden ethisch-moralischen, religiösen, rechtlichen und kulturellen Vorstellungen der Westeuropäer. Diese Basis wurde – beginnend mit der Renaissance – in den folgenden vier Jahrhunderten weiterentwickelt, bis schließlich das erreicht wurde, was die heutige politische westeuropäische Kultur ausmacht, nämlich das Konzept der Volkssouveränität des 19. Jahrhunderts, die Idee des freien Willens und der Freiheit des Einzelnen und dessen Recht auf Machtteilhabe, die schon Cicero als Bürgerrecht einforderte, sowie den politischen Pluralismus mit seinen demokratischen Ausgleichsmechanismen und seinen Dichotomien. Aber diese Entwicklung war auf West- und Zentraleuropa beschränkt. Als osmanische Provinzen blieben nach dem Ende von Byzanz Griechenland und die anderen Balkanregionen – also auch Zypern – außerhalb des habsburgischen Reichs. Sie erlebten die folgenden Perioden der europäischen Geistesgeschichte nicht mit:

den Schub der Renaissance – ausgelöst durch die Fluchtbewegung griechischer Gelehrter nach der osmanischen Eroberung von Byzanz, die Kirchenteilung in der Reformation und die folgende Gegenreformation, den Absolutismus und die Staatsbildung, den philosophischen Rationalismus und die für die Technik und die Naturwissenschaften bedeutsame Periode der Aufklärung und auch nicht schließlich die bürgerliche Revolution. 300 lange Jahre war dieser Teil Europas von der Entwicklung in Westeuropa fast völlig abgekoppelt.

Die 300 bis 400 Jahre währende osmanische Okkupation führte zu tiefgehenden Veränderungen in den Ländern des Balkans. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Herrscher war die Vernichtung der bisherigen Oligarchie, also der Aristokratie, da diese die Führung in potenziellen Aufständen hätte übernehmen können. Übrig blieben die ursprünglich gewählten lokalen Dorfbürgermeister, die sogenannten Mughtare (griechisch *Kotsampasis*), die die osmanische Regierung vor Ort vertraten. Dadurch erhielten diese Mughtare eine doppelte Funktion: Sie wurden zu Führern und Beschützern der örtlichen Bevölkerung, zugleich aber zu Objekten osmanischer Repression, wenn in ihrem Verantwortungsbereich etwas schiefging. Aus ihrer Funktion als Beschützer gewannen sie in den Augen der Beschützten Prestige und Macht. Als Gegenleistung erwarteten sie Loyalität von ihren Hintersassen. Die Osmanen belohnten treue Dienste, und so wurden diese lokalen Notabeln im Lauf der Zeit wohlhabend – und oft zu Geldverleihern. Dieses riskante, aber meist auch äußerst profitable Geschäft – 30 Prozent Zinsen wegen des hohen Risikos waren üblich – war zwar weniger honett, als sich selbstlos vor die Schutzbefohlenen zu stellen, aber es führte zu einem immer größer werdenden Abhängigkeitsverhältnis der örtlichen Bauern zu ihrem Patron. Diese Abhängigkeitsbeziehung existierte im ganzen osmanischen Reich und wird als Mughtar-System bezeichnet. Es ist der konkrete historische Ursprung des heutigen Klientelsystems.

Ein weiterer Aspekt der politischen Kultur ist das Verhältnis von Kirche und Staat. Während sich in Westeuropa der politische Einfluss der Kirchen in den vergangenen fünf Jahrhunderten stark verringerte und die Trennung von Kirche und Staat sich auf vielen Ebenen weitgehend durchgesetzt hat, lässt sich im osmanischen Reich eine gegenläufige Entwicklung beobachten. Da die Eroberer die Kirche aufgrund des Millet-Systems (Einteilung der Bevölkerung nach Konfessionen) unangetastet ließen, nahm der Einfluss der orthodoxen Kirche zu. Die orthodoxe Kirche wurde zum Teil des osmanischen Herrschaftssystems, nämlich zum unverzichtbaren Steuereintreiber der Hohen Pforte. Dadurch konnte sie in der osmanischen Zeit dazu beitragen, die griechische Identität zu bewahren: In diesen Jahrhunderten der Besatzung konnte sich Griechenland als Nation nach Auslöschung der politischen Eliten nur durch die eigene Religion, die eigene Sprache erhalten. Die Kirche war Traditionsbewahrer und Bildungsvermittler durch Schulen. Auch nach der Errichtung des neugriechischen Staates hat der Klerus bis heute immer, so z. B. mit der Militärdiktatur von 1967 bis 1974, aufs Engste mit der jeweiligen Staatsmacht zusammengearbeitet. Eine Säkularisierung des kirchlichen Besitzes wie in Frankreich Anfang des 18. Jahrhunderts und in Osteuropa im 19. Jahrhundert gab es nicht. Die Kirche ist nach wie vor extrem reich. Dies gilt für Griechenland und Zypern.

Die in Teilen Griechenlands über 400 Jahre währende osmanische Herrschaft führte dazu, dass die griechische Unterschicht den Staat nur als Ausbeuter erlebte, während die Händler und der Klerus durch Anpassung überlebten. Während in Westeuropa ein selbstbewusstes Bürgertum entstand, das den Staat als das eigene Staatswesen, als die eigene bürgerliche Republik empfand, war der Staat der Osmanen für die Griechen gleichbedeutend mit Fremdherrschaft, gegen die es sich zu wehren galt und die man hasste. Steuervermeidung und Diebstahl an staatlichem Eigentum der Fremdherrscher waren typische Abwehrreaktionen. Diese Einstellung zum Herrschaftsverbund des Staates wurde zu einer Tradition, die bis heute fortwirkt.

Als 1821 der griechische Unabhängigkeitskrieg begann, waren die klientelistischen Strukturen des Mughtar-Systems die einzigen Kristallisationskerne für die politische Organisation des Kampfes. Während der Auseinandersetzung vernetzten sich die griechischen Mughtare untereinander (horizontal) und bildeten zugleich vertikale Strukturen für die Leitung des Kampfes, sodass pyramidenförmige Klientelnetzwerke entstanden. Da die Mughtare in der Regel keine militärischen Erfahrungen hatten, griff man auf die Anführer der Klephten, ehrenwerte Räuber aus den Bergregionen, zurück, die sich dort erfolgreich der osmanischen Kontrolle hatten entziehen können. Als mit französischer und englischer Hilfe die Unabhängigkeit erkämpft worden war, gab es also eine klientelistisch organisierte Führungselite, die die Klephtentradition aufrechterhielt, indem sie dieses Metier unter anderen Vorzeichen weiterbetrieb.

Der erste neugriechische Staat war zunächst eine Republik, aber diese passte nicht in die nachnapoleonische politische Landschaft der Restauration, und daher wurde Griechenland ein Monarch oktroyiert. Der Monarch war also ein König von Großmächten Gnaden, und Griechenland wurde nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch zum Klientelstaat, dieses Mal der europäischen Mächte. Die Großmächte übten ihren Einfluss auf das Land aus, indem sie ihre Anhänger kontrollierten. Diese waren in sogenannten »Parteien« organisiert, die aber in Wirklichkeit klientelistische Netzwerke waren. Es gab zunächst drei solche »Parteien«, die russische, die englische und die französische. 1862 setzte Großbritannien eine neue Dynastie ein, und von da an waren die griechischen Monarchen britische Vizekönige, und Griechenland war ein britisches Protektorat.

Als der erste griechische König der Neuzeit, Otto von Wittelsbach, mit einer Handvoll bayerischer Verwaltungsbeamter nach Griechenland kam, zeigte es sich rasch, dass er mit diesen das Land nicht regieren konnte. Er musste auf die klientelistischen Netzwerke zurückgreifen und sie zur unteren Verwaltung machen. Auf diese Weise gewannen die Patrone Zugang zu staatlichen Geldern. Damit aber änderte sich der Charakter des bis dahin praktizierten klientelistischen Systems. Nun wurde der Klientelismus zu einem Zwangsmittel, um dem Individuum seinen Platz in der Gesellschaft zuzuweisen. Die Patrone begannen, sich in die Politik einzumischen, und entdeckten rasch, dass der Klientelismus auch zu politischen Zwecken ausgenutzt werden konnte. Um ihre Klientel an sich zu binden, verteilten sie Gefälligkeiten, griechisch *Rousfetia*. Dazu verwendeten sie oft gestohlene staatliche Gelder oder sie vermittelten Posten in der Verwaltung. Als Gegenleistung erwarteten

sie, dass die Klientel bei den nächsten Wahlen für sie stimmte. Dieses System bildete zugleich die Kompensation für ein fehlendes öffentliches Sozialsystem.

Als Großbritannien 1862 die alleinige Schutzmacht wurde, änderte sich der Charakter der griechischen »Parteien«. Es entstanden »politische« Parteien nach englischem Vorbild, nämlich eine liberale und eine konservative Partei, aber an deren klientelistischem Charakter änderte sich nichts. Der klientelistische Staat wurde zum Ausbeutungsobjekt der jeweiligen Anführer der klientelistischen Pyramide. Postenschacher, Patronage, Korruption und das aus der US-Geschichte bekannte Spoils-System des Austauschs der Verwaltungsmitarbeiter nach jedem Machtwechsel durchdrangen die Verwaltung des Landes, sein Rechtssystem und das Militär. Stimmenkauf bei Parlamentswahlen und Wahlfälschungen waren normale politische Erscheinungen. Ende des 19. Jahrhunderts charakterisierte ein griechischer Abgeordneter dieses System als politische Zuhälterei.

Die aus diesem System hervorgehenden politischen Parteien hatten auch im 20. Jahrhundert mit ihren westeuropäischen Gegenstücken wenig gemein, außer dass sie sich Parteien nannten. Parteiprogramme, Parteiorganisationen oder Parteitage waren unbekannt, ebenso wie innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben durch Diskussion unter den Mitgliedern. Die Partei war bis zur gegenwärtigen Krise nichts anderes als die Klientel des Parteiführers und seiner Granden. Parteiloyalität wurde zu einer Funktion des Erfolgs des Parteiführers, das heißt sie hing davon ab, welche *Rousfetia* der Parteiführer seiner Klientel zukommen lassen konnte. Der griechische Wähler zog daraus typische Konsequenzen: Er stimmt bei Wahlen nicht für eine Partei, sondern gegen jene Partei, die ihm in der vergangenen Legislaturperiode den erwarteten Gefallen (*Rousfeti*) nicht getan hat.

Nur Parteien, die die Regierung stellen und so Zugriff auf die staatlichen Mittel erhalten, sind in einem solchen System überlebensfähig. Parteien, die diesen Zugriff nicht haben, sind wenig erfolgreich und bleiben daher klein. Dies gilt sogar für die kommunistische Partei (KKE), die kaum über fünf Prozent kommt. Unter diesen kleinen Parteien gibt es auch Programmparteien, die durchaus ihren nordwesteuropäischen Vorbildern ähneln, aber im klientelistischen System, solange es stabil ist, einfach chancenlos bleiben.

Ein weiteres Charakteristikum des Klientelismus ist die faktische Steuerfreiheit der Reichen. Die politische und die wirtschaftliche Oligarchie waren und sind aufs Engste miteinander verfilzt und sorgten dafür, dass die gesamte Oberschicht steuerfrei bleibt, während sich die politische Oligarchie selbst ungestraft bereichert. Die staatlichen Einnahmen stammten daher zum größten Teil aus indirekten Steuern und der Lohnsteuer, die die kleinen Leute bezahlen. Zu einer Industrialisierung wie in Westeuropa kam es nicht. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte lagen in der Landwirtschaft, dem Tourismus und dem Handel sowie der Schifffahrt. Ein chronischer Mangel an Arbeitsplätzen war die Folge und führte in der Vergangenheit zu Auswanderung und Arbeitsmigration. Um ihre Klientel an sich zu binden, sorgte die jeweils regierende Partei dafür, dass ihre Anhänger Arbeit im öffentlichen Dienst, in den staatlichen Betrieben und bei den Streitkräften fanden, die dadurch immer stärker aufgebläht wurden. Heute arbeitet jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in den staatlichen Betrieben, also etwa viermal so viele wie in Deutsch-

land. Eine dringend notwendige Entlassungsaktion in größerem Umfang würde aber die Parteien Wählerstimmen kosten und wird daher vermieden.

Der aufgeblähte Verwaltungsapparat und eine hohe Besoldung der höheren Beamten führten zu hohen Staatsausgaben. Dazu kamen außen- und innenpolitische Extravaganzen unter Premierminister Charialos Trikoupis, die 1893 zum staatlichen Bankrott führten. Damals war Griechenland so pleite, dass es unter europäische Finanzaufsicht gestellt wurde. Diese Staatspleite führte nun nicht dazu, dass die griechische Klephtenoligarchie weniger Kredite aufnahm und vorsichtiger wirtschaftete, ganz im Gegenteil: Die Regierung konnte sich darauf verlassen, dass die jeweilige Schutzmacht sie nicht fallenlassen würde, und konnte so den alten Kurs weitersteuern. Der EU-Beitritt Griechenlands bildete nichts anderes als eine weitere Absicherung in diesem Sinne; er verschärfte das Problem eher noch, denn nun standen fast unbegrenzte Geldmittel zur Verteilung von *Rousfetia* und zur Bereicherung der Oligarchie zur Verfügung. Die griechischen Parteien wurden mit EU-Geldern gefüttert, und dass es sich um ein Leben auf »Pump« handelte, wurde erst in der jetzigen Krise deutlich.

Im Gegensatz zu Spanien und Portugal, wo zu viele Kredite in den Immobiliensektor gingen, wurde das nach Griechenland fließende Geld nur zum Teil in Flughäfen, Olympiastadien, Autobahnen oder Hafenanlagen investiert, der andere Teil floss in den Konsum und die Taschen der Oligarchie. Es ist ein offenes Geheimnis in Griechenland, dass ein großer Teil dieser Gelder noch auf Bankkonten existiert – nur außerhalb Griechenlands. Die von den europäischen Experten vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen zeigen eindeutig, dass sie nicht die geringste Ahnung von Griechenland hatten. Schuldenerlass und Finanzspritzen bekämpfen nur die Symptome der griechischen Krise, aber nicht die Ursache. Solange das Klientelsystem weiterbesteht, werden die europäischen Zuwendungen »vergeudet«, also nicht für den Zweck verwendet, für den sie offiziell vergeben werden. (Das Geld, das derzeit für Griechenland gesammelt wird, geht gleich an die französischen und deutschen Banken, die den Griechen Kredite gegeben hatten.) Die Hilfsmaßnahmen stabilisieren nur das alte System. Unabhängig davon, welche Partei die Regierung bildet, wird das alte Spiel des Klientelismus weiterhin fortgesetzt werden. Eine echte Veränderung kann nur durch eine Systemänderung erreicht werden.

Der einzige Weg, den Klientelismus zu überwinden, ist der, die finanziellen Quellen für die *Rousfetia* auszutrocknen und zugleich ein Sozialsystem aufzubauen. Dies kann nur durch eine strenge Kontrolle der staatlichen Finanzen durch ausländische Experten erreicht werden, die die Tricks und Methoden des Klientelismus genau kennen. Man muss in Athen erst lernen, dass die Veruntreuung staatlicher Gelder kein Sport ist, sondern ein Verbrechen. Ob ein solcher Schritt hin zu einem völlig anderen System der Transparenz von Steuerpflichten und rechtsstaatlich abgesicherter Ansprüche möglich ist, lässt sich nicht absehen, zumal dies natürlich nicht ohne Einschränkung der staatlichen Souveränität über die Bühne gehen wird, wogegen sich die Oligarchie natürlich heftig wehrt, indem sie an den Nationalstolz der einfachen Griechen appelliert und diese zu Protesten provoziert. Flankierend müssten die Reichen Griechenlands dazu gebracht werden, Steuern zu bezahlen, denn

Sparmaßnahmen nur auf Kosten der kleinen Leute stürzt diese in Not und birgt die Gefahr einer Rebellion, wie der Bürgerkrieg 1946-1949 zeigt.

Aufgeklärte Griechen wissen dies und blicken geradezu neidisch auf die Republik Zypern, wo es solche Probleme nicht gibt. Es ist in der Tat verblüffend, wie zwei ehemalige Teile des Osmanischen Reichs sich derart unterschiedlich entwickelten. Griechenland wurde 1830 unabhängig und Zypern 1878 als englisches Dominion ein Teil des britischen Empires. Die Startbedingungen dürften damit fast identisch gewesen sein. Tatsächlich gab es auch in Zypern das Muchtar-System, und diese Dorfnotabeln waren ebenfalls Wucherer. Da es aber keinen Unabhängigkeitskampf gegen die Osmanen gab, entstand das erste Charakteristikum des griechischen Klientelismus, die horizontal und vertikal durchorganisierten klientelistischen Netzwerke, nicht. Zweitens hatte es in Zypern nie Klephten gegeben. Zypern war eine typische osmanische Provinz.

Die neuen britischen Herren der Insel hatten eine lange Erfahrung in der Verwaltung von Kolonien und integrierten die zypriotischen Notabeln in ihr System, indem sie diese an der Verwaltung in der Form des *Legislative Council* teilnehmen ließen. Die Mitglieder dieses Rates waren ausschließlich Geldverleiher, Kaufleute und Großgrundbesitzer, also genau die gleiche Schicht, aus der sich in Griechenland die klientelistischen Strukturen entwickelt hatten. Aber auf Zypern gab es eine zweite Machthierarchie – die britische Verwaltung –, und diese kontrollierte die staatlichen Finanzen. Die Mitglieder des *Legislative Council* konnten zwar einzelne Gefallen erweisen, aber nie ein hierarchisches Netzwerk errichten, wie dies in Griechenland geschehen war. Außerdem zogen die Briten in der Form des *Cyprus Tribute* horrenden Summen von der Insel ab, sodass für die Verteilung von *Rousfetia* im großen Stil viel zu wenig Geld zur Verfügung stand. Mit dem »tribute« bezahlten die armen Zyprioten bis 1927 die Zinsen für einen 1855 geplatzten Kredit des osmanischen Sultans, insgesamt 2,6 Mio. Pfund.

Als die Landwirtschaft der Insel zu wachsen begann und Investitionskapital benötigt wurde, wäre eigentlich die Stunde der Geldverleiher gekommen, aber die Briten ruinierten diesen das Geschäft, indem sie 1914 die Bewegung für landwirtschaftliche Kooperativen ins Leben riefen und 1925 die Agrarbank gründeten. Deren Zinsen waren natürlich stets niedriger als die der Wucherer, da die Risiken anders umgelegt werden konnten. 1940 schließlich befreite eine Umschuldungsaktion die Bauern von den ererbten Schulden. Das Resultat war, dass der Klientelismus keine Chance zum Wachstum gehabt hatte.

Der Möglichkeit der Ausbeutung der Bauernschaft beraubt, verließen Wucherer und Geldverleiher die Dörfer, gingen in die Städte und bildeten dort eine Schicht von ehrlichen Kaufleuten oder Unternehmern, und manche wurden sogar zu ehrenwerten Bankern. Ihre neuen ökonomischen Aktivitäten schufen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und legten den Grundstein für das spätere Wirtschaftswachstum der Republik Zypern nach 1960. Die wirtschaftlichen Aktivitäten auf der Insel ähnelten denen der anderen mediterranen Länder: Landwirtschaft und Fischfang. Nach der Unabhängigkeit kamen der Tourismus und die Schifffahrt hinzu.

Spricht man mit griechischen oder türkischen Zyprioten über Klientelismus und *Rousfetia*, sind sie überzeugt, dass es diese beiden Phänomene auch auf Zypern gibt.

Dies ist aus ihrer Sicht gewiss richtig, aber diejenigen, die so argumentieren, kennen zumeist das klientelistische System der Mutterländer nicht. Zyprioten, die sich zu einem längeren Aufenthalt nach Athen oder Istanbul begeben, erleben anfangs eine Art »Kulturschock« in Bezug auf die jeweilige politische Kultur der Mutterländer. In der Tat ähnelt das, was die Zyprioten unter Klientelismus verstehen, stark dem, was wir auch in Westeuropa kennen; es handelt sich zumeist um die auch bei uns bekannten Phänomene von Favoritismus, Nepotismus, Kungeleien, Durchstecheereien, Seilschaften und Ähnliches mehr. Aber diese Machenschaften sind Ausnahmen, nicht die Regel, und sie bilden kein beherrschendes und in sich geschlossenes, ausschließliches System wie der Klientelismus in Griechenland oder der Türkei, wo sie gleichzeitig eine klare soziale Funktion haben für Aufstieg, Karriere und soziale Zuwendungen.

Die politischen Parteien Zyperns ähneln stark den westeuropäischen. Es sind Parteien mit Programmen und einer Form von interner Demokratie und dem bekannten Filz. Sie sind aber keine Klientelnetzwerke rivalisierender Parteipatrone. Abgeordnete fungieren nicht als Verteiler und Manager von *Rousfetiä*. Natürlich gibt es Patronage, aber sie hat keine systematische Bedeutung, und wie oben ausgeführt wurde, geht sie nicht weiter als das westeuropäische Äquivalent. Korruption ist keine Säule des Systems oder gar Volkssport, sondern wird als ein Gesetzesverstoß betrachtet wie in Westeuropa, sie verstößt gegen einen gut funktionierenden Ehrenkodex, der von den Briten übernommen wurde. Ein Gentleman tut so etwas nicht. Wird er dennoch erwischt, wird er doppelt bestraft, durch das Gesetz und durch gesellschaftliche Ächtung. Es werden also Verhaltensweisen an den Tag gelegt, die an den Fall Profumo erinnern, der als Minister das Parlament belogen hatte und nach Verbüßung seiner Strafe jahrzehntelang als Sozialarbeiter Buße tun musste.

Die öffentliche Meinung Zyperns reagiert sehr empfindlich und negativ auf Verletzungen der ethischen Standards. Der Vorsitzende des staatlichen Rechnungshofs (*Auditor General*) genießt ein hohes Ansehen und hat eine Macht, die zumindest in Deutschland unbekannt ist. Seine Kritik kann zu Jobverlust führen. Das 1991 eingeführte Amt des Ombudsmanns weist in die gleiche Richtung. Die zypriotische Gesellschaft hat in gewisser Weise das britische Ideal einer *civic culture* mehr bewahrt als Großbritannien selbst.

Man kann in Zypern die Basistugenden der englischen Gesellschaft wiederentdecken, Züge wie das Achten auf Pünktlichkeit, Effizienz, Höflichkeit, Fairness im Umgang, Toleranz, Zuverlässigkeit und Korrektheit gehören zu den Primärtugenden in beiden zypriotischen Gesellschaften. Dennoch ist die zypriotische Gesellschaft keine einfache Kopie der englischen. Sie ist zugleich mediterran im Temperament und wesentlich zielorientierter als das Vorbild; *muddling through* (Durchwursteln) ist kein zypriotisches Konzept. Und eine Besonderheit ist auch, dass die zypriotische Gesellschaft keine Klassengesellschaft ist wie die britische. Es gibt kaum Standesunterschiede und deshalb wenig Standesschranken. Die zypriotische Gesellschaft ist eine höchst bürgerliche Gesellschaft.

Die Religion spielte viele Jahrhunderte eine wichtige Rolle in der zypriotischen Gesellschaft. Der Erzbischof der autokephalen Kirche Zyperns war nicht nur das spirituelle Oberhaupt der griechischen Zyprioten, sondern entsprechend dem osma-

nischen Millet-System auch noch der Führer der ethnischen Gruppe, der Ethnarch. Nach dem Tod von Makarios, der eine überragende Persönlichkeit war, verlor die Kirche viel von ihrem traditionellen Gewicht. Seine Nachfolger waren keine Ethnarchen mehr. Heute ist in beiden zypriotischen Gesellschaften Religion eine Privatangelegenheit des Bürgers, ähnlich wie in Westeuropa. Zwar kämpft der Erzbischof darum, verlorenes politisches Terrain wiederzugewinnen, aber Einmischungen in die Tagespolitik stoßen immer mehr auf zurückhaltende Skepsis. Ähnliches ist auch im Norden der Insel zu beobachten. Die türkisch-zypriotische Gesellschaft ist eine sehr viel stärker aufgeklärte Gesellschaft. Der islamische Fundamentalismus hat unter den türkischen Zyprioten keine Chance, anders als bei den Einwanderern aus der Türkei.

Das zypriotische Erziehungssystem bietet gute Ausbildungschancen, obwohl es in vieler Hinsicht vom Mutterland abhängig ist. Eigene zypriotische Schulbücher gibt es z. B. nicht (der Markt wäre viel zu klein), auch die Lehrpläne werden übernommen, aber dennoch fehlt in Zypern eine in ganz Griechenland verbreitete Institution: die parallel zur staatlichen Schule besuchten privaten Paukschulen (*Frontistiria*), ohne die kaum ein griechischer Schüler das Abitur schaffen würde. Zypriotische Abiturienten können ihre Studien an europäischen Universitäten fortsetzen, ohne eine Art »Kulturschock« zu erleben. Der »Ausstoß« an zypriotischen Akademikern ist so hoch, dass Zypern selbst nur einen kleinen Teil absorbieren kann. Zypern exportiert also Akademiker. Die Universität Zyperns, die in enger Kooperation mit europäischen und amerikanischen Universitäten konzipiert wurde, hat westeuropäisches Niveau. Sie könnte zur östlichsten westeuropäischen Universität werden, die eine Ausstrahlung nach ganz Nahost haben könnte, wenn das Gesetz aufgehoben würde, das nur Griechisch und Türkisch als Unterrichtssprachen vorsieht, und an ihr in der neuen Lingua franca der Wissenschaft, in Englisch, gelehrt würde. Dadurch würde die Attraktivität auch für die zypriotischen Studenten noch erhöht, weil sie vor Ort europäische Koryphäen der Wissenschaft erleben könnten.

Diese Sprachklausel verhindert eine enge Kooperation mit europäischen Universitäten, da von den europäischen Gastprofessoren erwartet wird, dass sie in griechischer Sprache lehren. Eine Kooperation mit der Universität Mannheim wurde dadurch unmöglich gemacht. An der University of Cyprus wird zwar in englischer Sprache publiziert, aber gelehrt wird praktisch nur in Griechisch. Da es nicht genügend aus Zypern stammende Professoren gibt, ist die University of Cyprus gezwungen, Professoren aus Griechenland zu »importieren«, was sich oft negativ auf das Niveau der Lehre auswirkt. Laut Gesetz ist die zweite Unterrichtssprache das Türkische. Durch die Teilung der Insel gibt es praktisch keine türkischen Studenten. Außerdem gibt es kaum Professoren, die das Türkische beherrschen. Das Gesetz, das aus einem antikolonialen Reflex entstand, sollte aufgehoben werden. In den Universitäten in Nordzypern ist die Unterrichtssprache nur Englisch, was sie für Studenten aus Nahost sehr attraktiv macht, obwohl diese Hochschulen außer in der Türkei nirgendwo anerkannt sind.

Es gibt weitere charakteristische Elemente, die die Nähe Zyperns zu Westeuropa zeigen. Zypriotische Planer, staatliche und privatwirtschaftliche, entwickeln strategische Konzepte, die über einen längeren Zeitraum realisiert werden. Die zyprioti-

sche Wirtschaft boomt, und es gibt praktisch keine Schattenwirtschaft. Zypern leidet unter Arbeitskräftemangel und importiert daher Gastarbeiter insbesondere aus Osteuropa. Die zypriotische Wirtschaft brachte in den 20 Jahren seit der türkischen Invasion von 1974 ein Wiederaufbau- und Wirtschaftswunder zustande, das sich nur mit dem deutschen in der 1950er Jahren vergleichen lässt.

Effizienz ist ein weiteres Charakteristikum der zypriotischen Gesellschaft. Die staatliche Bürokratie arbeitet relativ rasch und effizient. Wer die griechische Bürokratie erlebt hat, die einen an Kafkas Roman *Das Schloss* erinnert, ist von der staatlichen Verwaltung Zyperns sehr angetan. Sie funktioniert bestens. Trotz – oder wegen – der wirtschaftlichen Erfolge hat sich in den letzten Jahren auch ein Bewusstsein für den Erhalt der Natur herausgebildet. Es gibt eine grüne Partei, und Umwelt-sünden werden von der Bevölkerung massiv kritisiert und von der Administration geahndet. Bisher ist es allerdings noch nicht gelungen, die alljährliche Jagd auf Zugvögel zu stoppen. Natürlich bleibt auf diesem Sektor noch viel zu tun, aber auch hier zeigt der Vergleich mit Griechenland, dass Zypern schon Beachtliches geleistet hat. Die zypriotischen Gewerkschaften sind Richtungsgewerkschaften. Es gibt einen linken und einen rechten Dachverband. Beide sind demokratisch und funktionieren wie ihre europäischen Gegenstücke.

Ein besonderes Charakteristikum der griechisch-zypriotischen Gesellschaft ist ihr stark ausgeprägter Sinn für Solidarität. Als 2011 das Elektrizitätswerk durch die Explosion der in der Nähe falsch gelagerten Munition schwer beschädigt wurde und nicht mehr die volle Leistung bringen konnte, stimmte die Bevölkerung fast geschlossen den von der Regierung beschlossenen Sparmaßnahmen zu. Ähnlich reagierte die Bevölkerung, als vor einigen Jahren das Wasser auf der Insel knapp wurde. Dieser Sinn für Solidarität machte es den griechisch-zypriotischen Inselbewohnern möglich, in relativ kurzer Zeit die durch die türkische Invasion ausgelöste Katastrophe von 1974 zu überwinden, als über ein Drittel der Menschen zu Flüchtlingen wurde. (In Deutschland war 1945 etwa jeder zwölfte ein Flüchtling.) Innerhalb einer atemberaubend kurzen Zeit verschwanden die Zeltstädte der Flüchtlinge. Dieser Sinn für Solidarität wird es den Zyprioten ermöglichen, auch die gegenwärtige Krise erfolgreich zu überwinden.

Als Zypern Mitglied der EU wurde, war es von Anfang an Nettozahler. Auf dem Finanzsektor hat Zypern seit langem die Rolle übernommen, die der Libanon vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs spielte: Zypern ist zu einem wichtigen Finanzplatz geworden. Das Volumen seiner Finanzbranche übertrifft das einheimische Brutto-sozialprodukt. Die zypriotischen Banken operierten äußerst erfolgreich in der arabischen Welt und verdienten prächtig an den Fluchtgeldern der russischen Oligarchen. Ihr einziger Fehler war es freilich, den Banken des griechischen Mutterlands zu viel Geld zu leihen. Als sich im Frühjahr 2011 ein Schuldenschnitt von bis zu 80 Prozent am Horizont abzeichnete, reagierte die zypriotische Regierung mit Gegenmaßnahmen und auf typische Weise: Man begann sich auf die absehbaren Verluste der Banken einzustellen und leitete Gegenmaßnahmen ein. Die Aussichten Zyperns sind besser als diejenigen Griechenlands, auch wenn sich die Insel vorübergehend unter den europäischen Rettungsschirm flüchten muss. Die Lösung der Probleme

wird natürlich einige Zeit dauern. Die Funktion als nahöstliches Finanzzentrum wird aber nicht verloren gehen.

Die türkisch-zypriotische Gesellschaft war bis 1974 der griechisch-zypriotischen im Großen und Ganzen sehr ähnlich, wenn auch etwas weniger fortschrittlich. Die türkische Invasion löste jedoch Entwicklungen aus, die für den Bestand der türkischen Zyprioten und ihrer politischen Kultur gefährlich werden könnten. Die Zuwanderer aus der Türkei veränderten nicht nur die demografische Balance zuun Gunsten der türkisch-zypriotischen Bevölkerung, denn heute sind die türkischen Zyprioten eine Minorität in ihrem eigenen Land. Die Zuwanderer brachten auch etwas mit, was der einheimischen politischen Kultur fremd gewesen war: den Klientelismus. Auf der Grundlage von konfisziertem Eigentum der vertriebenen griechischen Zyprioten konnte Rauf Denktaschs *National Union Party* ein System von Favoritismus und dem türkischen Gegenstück von *Rousfetia* errichten. An diesem System partizipierten nicht nur die Parteigänger von Denktasch, sondern auch protürkische Europäer, z. B. britische Unterhausabgeordnete. Als Denktasch versuchte, die Führung seines klientelistischen Netzwerks erblich zu machen, indem er seinen Sohn zum Generalsekretär ernannte, stieß er auf massive Opposition eines Subnetzwerks um Derwis Eroglou, der selbst gehofft hatte, die Macht nach Denktaschs Abtreten zu übernehmen. Denktasch brach darauf mit Eroglou und gründete die Demokratische Partei, die sich rasch wieder zu einem Klientelverband entwickelte. Die oppositionellen Parteien in Nordzypern sind hingegen weit europäischer. Da sie keinen Zugriff auf die Beute von 1974 hatten, konnten sie keine *Rousfetia* verteilen und gerieten daher auch nicht in Versuchung, sich von Programmparteien zu Klientelparteien zu entwickeln.

Damit sind einige Schlussfolgerungen erlaubt. Die politischen Kulturen der beiden Teile Zyperns driften auseinander. Die politische Kultur im besetzten Teil der Insel entfernt sich von Europa und bewegt sich auf die Türkei mit ihrem klientelistischen System zu. Diese Entwicklung bedeutet ein weiteres schwerwiegendes Hindernis im Fall einer Wiedervereinigung der Insel, selbst wenn Ankara einer solchen zustimmen würde. So erhebt sich die Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, zwei so geartete staatliche Gebilde mit einer solch unterschiedlichen politischen Kultur zu einem Staat zu verschmelzen. Wie groß diese Probleme im überstaatlichen Bereich sind, zeigen gegenwärtig die Probleme zwischen der EU und Griechenland. Würde es nur darum gehen, die Zyprioten in beiden Teilen der Insel wieder zu vereinen, und ließe man sie bei diesem Vorhaben allein, könnte ich mir eine Lösung vorstellen, denn Kompromissfähigkeit ist auch ein Teil der politischen Kultur Zyperns. Aber kann ein tragfähiger, belastbarer Kompromiss mit den Einwanderern gefunden werden? Obwohl von Natur aus ein Optimist, so bin ich in diesem Fall jedoch pessimistisch.

Doch es gibt ein gemeinsames Element im Denken der Türken, aus dem längerfristig etwas Positives entstehen könnte. Für die Türken hat das Wort Republik (*Cumhuriyet*) dieselbe Bedeutung wie in Westeuropa. Es beschreibt ein ähnliches Konzept wie der römische Begriff der *Res publica*, aus dem unsere Republik hervorging. *Cumhuriyet* bedeutet Sache des Volkes, also etwas sehr Ähnliches. Das Wort Republik gibt es in fast allen europäischen Sprachen zumindest als Lehnwort – mit der Ausnahme des Griechischen. Weder in der Antike noch in der Moderne

haben die Griechen ein Wort für Republik gefunden. Das Wort *dimokratia* hat eine Doppelbedeutung und wird für Demokratie und Republik verwendet. Will man den republikanischen Charakter betonen, spricht man von ungekrönter Demokratie (*avasilefti dimokratia*). Da die griechischen Zyprioten zweisprachig aufwachsen, verstehen sie die Bedeutung des Begriffs »Republic of Cyprus«. Die Republik ist ihr Staat, der Staat seiner Bürger. Auf der Basis dieses westeuropäischen Denkens sind die Aussichten gut, dass die griechischen Zyprioten die gegenwärtige Krise in absehbarer Zeit überwinden.

Zusammenfassung: Die politische Kultur Griechenlands und der Türkei sind vom osmanischen Erbe des Klientelismus geprägt. Die politische Kultur Zyperns hingegen wurde während der britischen Kolonialherrschaft von 1878 bis 1960 völlig (west-)europäisiert. Im Gegensatz zur Türkei wurde in Griechenland nie das Konzept einer bürgerlichen Republik entwickelt. Den Griechen trat der Staat immer als Fremdherrscher gegenüber, den man im Gegenzug hemmungslos schädigen konnte.

Stichworte: Klientelismus, Millet-System, politische Kultur, Griechenland, Türkei, Zypern

Notes to the political cultures of Greece and Cyprus

Summary: The political cultures of Greece and Turkey are deeply embossed by their inherited the Ottoman clientelism. The political culture of Cyprus on the contrary was totally europeanized during the British colonial rule from 1878 to 1960. While Turkey developed a concept of a bourgeois republic (*Cumhuriyet*) Greece never achieved this. For Greeks the state came into the game always as a ruler from outside, which in turn could be damaged, especially by plundering it.

Keywords: clientelism, Millet system, Greece, Turkey, Cyprus

Autor

Prof. Dr. Heinz A. Richter
Historisches Institut
Universität Mannheim
D- 68131 Mannheim